Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat

4. November 2008

Nr. 2008-665 R-362-11 Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zur Änderung der Kantonsverfassung (Unvereinbarkeit von Landratsmandat und Anstellungsverhältnis bei der Kantonsverwaltung)

1. Ausgangslage

Am 2. Februar 2007 reichte Toni Bunschi, Flüelen, mit 51 Mitunterzeichnenden eine Motion zur "Änderung der Kantonsverfassung hinsichtlich der Unvereinbarkeit von vollamtlichen Kantonsangestellten als Mitglieder des Landrats" ein.

Mit dem parlamentarischen Vorstoss wird der Regierungsrat ersucht, dem Landrat eine Vorlage zur Änderung des Artikels 76 Absatz 3 KV zu unterbreiten. Danach soll die Unvereinbarkeit von vollamtlichen Kantonsangestellten als Mitglieder des Landrats so angepasst werden, dass sowohl eine Verhältnismässigkeit als auch eine Rechtsgleichheit sichergestellt seien. Es soll unterschieden werden zwischen Angestellten, die in der strategischen Planung in der Verwaltung arbeiten, und anderen.

In der September-Session 2007 beschloss der Landrat entgegen der Empfehlung des Regierungsrats, die Motion erheblich zu erklären. Gestützt darauf unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat eine Vorlage zur Änderung von Artikel 76 Absatz 3 KV.

2. Geltende Unvereinbarkeitsregelung zwischen Landratsmandat und Anstellungsverhältnis in der Kantonsverwaltung

Nach Artikel 76 Kantonsverfassung (KV; RB 1.1101) darf niemand gleichzeitig Mitglied des Landrats und des Regierungsrats sein. Vollamtlichen Angestellten des Kantons ist es untersagt, dem Landrat als Mitglied anzugehören.

Die geltende Verfassungsregelung untersagt die gleichzeitige Ausübung von Funktionen in Legislative und Exekutive. Zudem statuiert sie die Unvereinbarkeit zwischen einem Landratsmandat und einem vollamtlichen Anstellungsverhältnis beim Kanton.

3. Unvereinbarkeitsregelungen in Bund und Kantonen

Auf Bundesebene ist die Unvereinbarkeit einer Bundesanstellung mit einem Parlamentsmandat unterschiedlich ausgestaltet. So können Bundesangestellte dem Ständerat, jedoch nicht dem Nationalrat angehören.

Die Verfassungen der Kantone regeln die Unvereinbarkeit zwischen einer Kantonsanstellung mit einem Parlamentsmandat unterschiedlich (siehe dazu die Zusammenstellung im Anhang 3).

Neben Uri schliessen elf weitere Kantone (AG, BE, FR, GE, GR, JU, NE, OW, SO, TG und TI) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung umfassend von der Mitgliedschaft im Kantonsparlament aus.

In acht Kantonen (AI, AR, LU, NW, SG, SH, SZ und VD) besteht für das Personal der Kantonsverwaltung keine Unvereinbarkeit mit einem Parlamentsmandat. Allerdings können in diesen Kantonen dienstrechtliche Vorschriften die gleichzeitige Ausübung eines Parlamentsmandats verhindern, indem sie zum Beispiel vorsehen, dass die Übernahme des Parlamentsmandats einer Ermächtigung des Regierungsrats bedarf.

Sechs Kantone (BL, BS, GL, VS, ZG und ZH) verfügen über eine differenzierte, für bestimmte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung geltende Regelung der Unvereinbarkeit mit einem Parlamentsmandat.

4. Prinzip der Gewaltenteilung

Die Gewaltenteilung ist das grundlegende Prinzip für die Organisation der staatlichen Behörden. Die *organisatorische Gewaltenteilung* verlangt, dass jede der drei Staatsfunktionen (Legislative, Exekutive und Judikative) von einer selbstständigen Behörde wahrgenommen wird. Diese soll ihre Teilaufgabe in eigener Verantwortung und unabhängig von den anderen Gewalten erfüllen können. Dieser Teilgehalt des Prinzips ruft nach einer klaren Kompetenzordnung und nach eindeutigen Verantwortlichkeiten. Die Zuständigkeiten sollen durch einen allgemeinen und abstrakten Rechtssatz bestimmt sein, damit die Staatsgewalt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht willkürlich, sondern nach den Grundsätzen der Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit ausgeübt wird.

Die *personelle Gewaltenteilung* verlangt, dass keine Person gleichzeitig in mehr als einer der organisatorisch getrennten Gewalten wirken kann. Sie wird durch Unvereinbarkeitsbestimmungen konkretisiert. Sie soll Machtkumulationen verhüten, welche dadurch entstehen, dass jemand Ämter aus verschiedenen Gewalten in Personalunion auf sich vereinigt. Erst die personelle Trennung vollendet die Auftrennung der Staatsmacht in klar geschiedene Teile.

Neben dem Trennungsziel verfolgt das Prinzip der Gewaltenteilung noch ein zweites, nämlich jenes der *Gewaltenhemmung*. Das Prinzip der "Checks and Balances" enthält ein doppeltes: Erstens soll jede Instanz durch die beiden andern kontrolliert und korrigiert werden können. Sie ist daher in ihrem Bereich nicht allmächtig, sondern muss dafür sorgen, dass ihre Amtsführung durch die andern Instanzen akzeptiert wird. Zweitens soll jede Instanz für die Erfüllung ihrer Teilaufgabe darauf angewiesen sein, dass die andern auch ihren Teil beitragen. Die organisatorisch und personell getrennten Behörden sind funktional so miteinander zu verschränken, dass keine ohne die andere auskommt.

Es stellt sich die Frage, inwieweit Mitarbeitende der Kantonsverwaltung auch dem Parlament angehören dürfen. Nach der neueren Rechtslehre verlangt der Gewaltenteilungsgrundsatz die Unvereinbarkeit zwischen Anstellungsverhältnis bei der Verwaltung und einem Parlamentsmandat einerseits zur Eindämmung des Einflusses der Exekutive auf die Rechtsetzung des Parlaments und andererseits zur Sicherstellung der parlamentarischen Oberaufsicht durch personelle Trennung von Kontrollierenden und Kontrollierten.

Der Gewaltenteilungsgrundsatz verlangt deshalb neben dem Ausschluss der Regierungsglieder aus dem Parlament auch denjenigen gewisser in der Verwaltung tätiger Personen. Das Gewaltenteilungsprinzip fordert jedoch nicht, dass Verwaltungsangehörige generell von der Parlamentsmitgliedschaft ausgeschlossen werden. Ein Ausschluss drängt sich jedoch für bestimmte der Regierung nahe stehende Verwaltungsangestellte auf.

5. Umsetzung der Motion

Schwierigkeiten bietet allerdings die Frage, wie der Kreis der Kantonsangestellten, welche von einem Landratsmandat ausgeschlossen bleiben sollen, in der Kantonsverfassung umschrieben werden soll.

Der parlamentarische Vorstoss von Toni Bunschi verlangt vom Regierungsrat eine Vorlage zu unterbreiten, die bei der Regelung der Unvereinbarkeit, zwischen "Angestellten, die in der strategischen Planung in der Verwaltung arbeiten und anderen" unterscheidet. Diese vom parlamentarischen Vorstoss gewünschte Unterscheidung ist jedoch wenig klar. Es besteht

die Gefahr, dass sich im konkreten Einzelfall bei der Rechtsanwendung erhebliche Abgrenzungsschwierigkeiten ergeben könnten. Deshalb schlägt der Regierungsrat vor, die Unvereinbarkeit in Artikel 76 Absatz 3 KV neu so zu umschreiben, dass es Angestellten des Kantons, die dem Regierungsrat oder einem seiner Mitglieder "unmittelbar unterstellt sind", untersagt ist, dem Landrat als Mitglied anzugehören. Aus der landrätlichen Verordnung über die Organisation der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit (OV; RB 2.3321) geht hervor, dass dem Regierungsrat beziehungsweise einem seiner Mitglieder die folgenden Funktionen unmittelbar unterstellt sind:

- Vorsteher der Standeskanzlei und des Rechtsdienstes
- Vorsteher der Direktionssekretariate
- Vorsteher der Ämter

Keine unmittelbare Unterstellung besteht jedoch für Leiter der Abteilungen und der übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonsverwaltung.

Die vorgeschlagene Regelung ist so zu verstehen, dass jene Angestellten von einem Landratsmandat ausgeschlossen sind, die sowohl in fachlicher als auch in administrativer Hinsicht (Fach- und Dienstaufsicht) dem Regierungsrat oder einem seiner Mitglieder unmittelbar unterstellt sind. Damit ermöglicht die vorgeschlagene Regelung auf Verfassungsebene eine klare und einfache Handhabung. Sie hat zur Folge, dass mit den Direktionssekretären und Amtsvorstehern im Wesentlichen diejenigen Kantonsangestellten von der Unvereinbarkeitsregelung erfasst werden, die regelmässig an Vorlagen der Regierung an den Landrat mitarbeiten oder die die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit an entscheidender Stelle mitprägen.

Auf Grund der geltenden generellen Unvereinbarkeitsregelung sind heute rund 350 vollamtliche Kantonsangestellte von einem Landratsmandat ausgeschlossen. Durch die neu vorgeschlagene Regelung würde der Kreis der ausgeschlossenen Mitarbeitenden auf 36 reduziert. Selbstverständlich bleibt die personalrechtliche Möglichkeit des Arbeitgebers, einem oder einer Angestellten die Ausübung des Landratsmandats aus personalrechtlichen Gründen zu verweigern, vorbehalten.

Es wäre zwar denkbar, in der Kantonsverfassung die Umschreibung der Funktionen in der Kantonsverwaltung, für die eine Unvereinbarkeit mit einem Landratsmandat besteht, in der näheren Regelung durch das Gesetz vorzubehalten. Der Regierungsrat erachtet jedoch eine Delegation der Unvereinbarkeitsregelung auf Gesetzesstufe nicht als zweckmässig.

6. Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens

In der Zeit vom 24. Juni bis 30. September 2008 wurde im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens den Gemeinden und politischen Parteien die Möglichkeit eingeräumt, zur Vorlage zur Änderung der Kantonsverfassung Stellung zu nehmen. Insgesamt gingen von 16 Gemeinden und von fünf Parteien (CVP, FDP, SP, SVP und Grüne Bewegung Uri) Stellungnahmen ein.

Der Grossteil der Vernehmlassungsadressaten erachtete die Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrats als eine zweckmässige Umsetzung des von der Motion Bunschi ausgehenden parlamentarischen Auftrags. Sieben Gemeinderäte stellen sich der Forderung der Motion Bunschi kritisch gegenüber und sprechen sich für eine Beibehaltung der geltenden Regelung aus. Für eine Beibehaltung der bisherigen Regelung sind auch die FDP und SVP. Die CVP unterstützt im Grundsatz die Forderung der Motion Bunschi, fordert jedoch eine differenzierte Regelung auf Stufe Ausführungsgesetzgebung, ohne jedoch deren konkrete Ausgestaltung näher darzulegen (siehe dazu die Zusammenstellung im Anhang 2).

7. Antrag

Gestützt auf diesen Bericht beantragt der Regierungsrat dem Landrat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Änderung der Kantonsverfassung, wie sie im Anhang 1 enthalten ist, wird zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.
2. Die Motion Toni Bunschi, Flüelen, vom 2. Februar 2007 "zur Änderung der Kantonsverfassung hinsichtlich der Unvereinbarkeit von vollamtlichen Kantonsangestellten als Mitglieder des Landrats Uri" wird als materiell erledigt abgeschrieben.

Anhänge

- Änderung der Kantonsverfassung (Anhang 1)
- Übersicht über das Vernehmlassungsergebnis (Anhang 2)
- Übersicht über die Unvereinbarkeitsbestimmungen in den Verfassungen anderer Kantone (Anhang 3)

VERFASSUNG

des Kantons Uri

(Änderung vom ...)

Das Volk des Kantons Uri,

gestützt auf Artikel 24 Buchstabe a der Kantonsverfassung¹,

beschliesst:

I.

Die Verfassung des Kantons Uri vom 28. Oktober 1984² wird wie folgt geändert:

Artikel 76 Absatz 3

³Angestellten des Kantons, die dem Regierungsrat oder einem seiner Mitglieder unmittelbar unterstellt sind, ist es untersagt, dem Landrat als Mitglied anzugehören.

II.

Diese Verfassungsänderung ist von der Bundesverfassung zu gewährleisten³. Der Regierungsrat bestimmt, wann sie in Kraft tritt.

Im Namen des Volkes

Der Landammann: Isidor Baumann

Der Kanzleidirektor: Dr. Peter Huber

¹ RB 1.1101

² RB 1.1101

³ Von der Bundesversammlung gewährleistet am ...

Übersicht über das Vernehmlassungsergebnis

Vernehmlassungsadressaten	Einreichung einer Vernehmlassung	Unterstützung Vernehmlassungsvorlage	Beibehaltung bisherige Regelung
- Gemeinderat Altdorf	X	X	
- Gemeinderat Andermatt	X	X	
- Gemeinderat Attinghausen	X	X	
- Gemeinderat Bauen	X		X
- Gemeinderat Bürglen	X	X	
- Gemeinderat Erstfeld			
- Gemeinderat Flüelen	X		X
- Gemeinderat Göschenen			
- Gemeinderat Gurtellen	X	X	
- Gemeinderat Hospental			
- Gemeinderat Isenthal	X	X	
- Gemeinderat Realp	X		X
- Gemeinderat Schattdorf	X	X	
- Gemeinderat Seedorf	X		X
- Gemeinderat Seelisberg	X	X	
- Gemeinderat Silenen	X		X
- Gemeinderat Sisikon	X		X
- Gemeinderat Spiringen	X		X
- Gemeinderat Unterschächen	X		X
- Gemeinderat Wassen			
- Verband Urner Staats- und Gemeindepersonalverband	X	X	
- CVP Uri	X	differenzierte Regelung auf Gesetzesstufe	
- FDP Uri	X		X
- SP Uri	X	X	
- SVP Uri	X		X
- Grüne Bewegung Uri	X	X	
- Junge CVP Uri			
- Jungfreisinnige Uri			
- Juso Uri			

Übersicht über die Unvereinbarkeitsbestimmungen in den Verfassungen anderer Kantone

AI	Verfassung für den Eidgenössischen Stand Appenzell Innerrhoden vom 24. November 1872 (Stand am 6. März 2008, SR 131.224.2)
Art. 44	¹ Die Mitglieder der Gerichte dürfen nicht gleichzeitig mehr als einer ordentlichen Gerichtsbehörde im Kanton angehören. ² Die Mitglieder der Standeskommission, des Grossen Rats sowie die Bezirksräte können den Gerichten nicht angehören.
AR	Verfassung des Kantons Appenzell Ausserrhoden vom 30. April 1995 (Stand am 3. April 2001, SR 131.224.1)
Art. 63	¹ Niemand kann gleichzeitig angehören: a. dem Kantonsrat, dem Regierungsrat und einem kantonalen Gericht; b. dem Verwaltungsgericht und einem Gemeinderat; c. dem Regierungsrat und einem Gemeindeparlament oder einem Gemeinderat; d. dem Kantonsgericht und dem Ober- oder dem Verwaltungsgericht; e. als Vermittler oder Vermittlerin einem kantonalen Gericht. ² Ausser dem Kantonsrat dürfen der gleichen Behörde nicht gleichzeitig angehören: Eltern und Kinder, Geschwister, Ehegatten.
AG	Verfassung des Kantons Aargau vom 25. Juni 1980 (Stand am 6. März 2008, SR 131.227)
§ 69	⁴ Wer in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis des kantonalen Rechts steht, kann dem Grossen Rat nicht angehören. Ausnahmen, die mit dem Grundsatz der Gewaltenteilung vereinbar sind, bestimmt das Gesetz.
BE	Verfassung des Kantons Bern vom 6. Juni 1993 (Stand am 18. Juni 2007, SR 131.212)
Art. 68	¹ Dem Grossen Rat dürfen nicht gleichzeitig angehören: a. die Mitglieder des Regierungsrats, b. die Mitglieder der kantonalen richterlichen Behörden, c. das Personal der kantonalen Zentral- und Bezirksverwaltung, d. weitere Personen, sofern das Gesetz es vorsieht. ² Wer Mitglied einer kantonalen richterlichen Behörde ist, darf nicht gleichzeitig dem Regierungsrat oder der kantonalen Verwaltung angehören.
BL	Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984 (Stand am 6. März 2008, SR 131.222.2)
§ 51	² Richterinnen und Richter sowie Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber der erstinstanzlichen Gerichte, Mitglieder von Behörden selbstständiger kantonalen Betriebe sowie höhere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatsverwaltung können dem Landrat nicht angehören.

	³ Das Nähere bestimmt das Gesetz. Es kann weitere Unvereinbarkeiten für andere Behörden festlegen.
BS	Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 (Stand am 24. Oktober 2006, SR 131.222.1)
§ 71	² Personen, die in leitender Stellung in der Verwaltung oder als persönliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Regierungsrats oder von Mitgliedern des Regierungsrats regelmässig und massgeblich den Regierungsrat bei seinen Beschlüssen und Entscheiden beraten und bei deren Vorbereitung mitwirken, können dem Grossen Rat nicht angehören. ³ Das Gesetz bestimmt das Nähere. Es kann weitere Unvereinbarkeiten für andere Behörden festlegen.
FR	Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004 (Stand am 5. Juli 2005, SR 131.219)
Art. 87	¹ Unvereinbar sind folgende Mandate: a. Mitglied des Grossen Rats; b. Mitglied des Staatsrats; c. Berufsrichterin bzw. Berufsrichter. ⁴ Das Gesetz kann weitere Unvereinbarkeiten vorsehen.
GE	Constitution de la République et Canton de Genève du 24 mai 1847 (Etat le 15 mars 2007, SR 131.234)
Art. 74	Titre VII. Grand Conseil ¹ Sont incompatibles avec le mandat de député les fonctions: a. de conseiller d'Etat et de chancelier d'Etat; b. de collaborateur de l'entourage immédiat des conseillers d'Etat et du chancelier d'Etat; c. de collaborateur du service du Grand Conseil; d. de cadre supérieur de la fonction publique; e. de magistrat du pouvoir judiciaire, à l'exception des juges suppléants et des juges prud'hommes; f. de magistrat de la Cour des comptes.
GL	Verfassung des Kantons Glarus vom 1. Mai 1988 (Stand am 18. Juni 2007, SR 131.217)
Art. 75	¹ Die Mitglieder des Regierungsrats, der Gerichte sowie die im Gesetz bezeichneten kantonalen Angestellten können dem Landrat nicht angehören.
GR	Verfassung des Kantons Graubünden vom 14. September 2003 (Stand am 6. März 2008, SR 131.226)
Art. 22	² Mitglieder der Regierung und der richterlichen Behörden sowie das voll- und hauptamtliche Personal des Kantons dürfen nicht dem Grossen Rat angehören.

	⁵ Das Gesetz regelt weitere Fälle der Unvereinbarkeit von Ämtern und Aufgaben, den Verwandtenausschluss sowie die Ausnahmen.
JU	Constitution de la République et Canton du Jura du 20 mars 1977 (Etat le 18 octobre 2005, SR 131.235)
Art. 62	¹ Nul ne peut exercer simultanément deux des fonctions suivantes: député au Parlement, membre du Gouvernement, juge permanent, procureur. ⁴ Le mandat de parlementaire fédéral est incompatible avec les fonctions suivantes: député au parlement cantonal, juge permanent, procureur et membre du Gouvernement. ⁶ La loi règle les cas d'incompatibilité s'agissant des juges non permanents et des fonctionnaires.
LU	Verfassung des Kantons Luzern vom 17. Juni 2007 (noch nicht in SR)
§ 33	¹ Die Mitglieder des Kantonsrats, des Regierungsrats und des Kantonsgerichts können nur einer dieser Behörden angehören. ² Das Gesetz bestimmt, welche weiteren Funktionen in der Kantonsverwaltung und in den Gerichten mit der Mitgliedschaft in diesen Behörden nicht vereinbar sind. ³ Es legt weitere Unvereinbarkeiten fest.
NE	Constitution de la République et Canton de Neuchâtel du 24 septembre 2000 (Etat le 11 juillet 2006, SR 131.233)
Art. 48	¹ Nul ne peut être membre simultanément du Grand Conseil, du Conseil d'Etat ou d'une autorité judiciaire. Toutefois, les membres non permanents d'une autorité judiciaire peuvent être membres du Grand Conseil. ² Les membres du personnel de l'administration cantonale ne peuvent être membres simultanément ni du Conseil d'Etat ni, sous réserve d'exceptions fixées par la loi, d'aucune autorité judiciaire. Ils peuvent être membres du Grand Conseil, à l'exception du personnel d'encadrement, des membres du personnel qui disposent d'un pouvoir décisionnel ou de police, du personnel des autorités judiciaires et des services du Grand Conseil, ainsi que des collaboratrices et des collaborateurs de l'entourage immédiat du Conseil d'Etat et de la chancellerie d'Etat; la loi définit ces catégories. ³ La loi peut prévoir d'autres cas d'incompatibilité.
NW	Verfassung des Kantons Unterwalden nid dem Wald vom 10. Oktober 1965 (Stand am 28. Dezember 2001, SR 131.216.2)
Art. 41	⁵ Das Gesetz kann bestimmen, inwieweit Personen, die beim Kanton oder bei einer Gemeinde in einem öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis beschäftigt sind, nicht einer Kantons- oder Gemeindebehörde angehören dürfen.

OW	Verfassung des Kantons Unterwalden ob dem Wald vom 19. Mai 1968 (Stand am 22. Oktober 2002, SR 131.216.1)
Art. 50	¹ Wer in einem voll- oder hauptamtlichen Dienst- oder Arbeitsverhältnis mit dem Kanton steht, ist nicht in eine übergeordnete kantonale Behörde oder einen Einwohner- bzw. Bezirksgemeinderat wählbar. Die Gesetzgebung kann weitere Einschränkungen vorsehen.
SG	Verfassung des Kantons St. Gallen vom 10. Juni 2001 (Stand am 6. März 2008, SR 131.225)
Art. 56	Dem Kantonsrat gehören nicht an: a. die Mitglieder der Regierung sowie die Staatssekretärin oder der Staatssekretär; b. die Richterinnen und Richter des Kantonsgerichtes und des Verwaltungsgerichtes sowie die durch Gesetz bezeichneten Mitglieder anderer richterlicher Behörden; c. die durch Gesetz bezeichneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatsverwaltung.
SH	Verfassung des Kantons Schaffhausen vom 17. Juni 2002 (Stand am 6. März 2008, SR 131.223)
Art. 42	² Angehörige der kantonalen Verwaltung können nicht Mitglied einer Rechtspflegebehörde sein. Angehörige der kantonalen Verwaltung, die dem Regierungsrat oder einem seiner Mitglieder direkt unterstellt sind, können auch nicht im Kantonsrat Einsitz nehmen.
SO	Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986 (Stand am 11. Juli 2006, SR 131.221)
Art. 58	³ Dem Kantonsrat dürfen Beamte und Angestellte der kantonalen Verwaltung, der Gerichte und der kantonalen Anstalten mit Verwaltungsaufgaben sowie die leitenden Funktionäre der übrigen kantonalen Anstalten nicht angehören.
SZ	Verfassung des eidgenössischen Standes Schwyz vom 23. Oktober 1898 (Stand am 6. März 2008, SR 131.215)
	keine Regelung
TG	Verfassung des Kantons Thurgau vom 16. März 1987 (Stand am 22. Oktober 2002, SR 131.228)
§ 29	² Die Mitglieder des Regierungsrats, der Staatsschreiber, die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Obergerichts, des Verwaltungsgerichts, der Anklagekammer und der Rekurskommissionen sowie die nicht vom Volk gewählten Mitarbeiter der Bezirksgerichte und der Gerichte und Verwaltungen des Kantons und seiner öffentlich-rechtlichen Anstalten dürfen nicht dem Grossen Rat angehören. ⁴ Weitere Unvereinbarkeiten regelt das Gesetz.

TI	Costituzione della Repubblica e Cantone Ticino del 14 dicembre 1997 (Stato 11 luglio 2006, SR 131.229)
Art. 54	<p>¹ Nessuno può essere contemporaneamente Consigliere di Stato, deputato al Gran Consiglio, magistrato dell'ordine giudiziario. Il Giudice di pace può essere membro del Gran Consiglio.</p> <p>² I Consiglieri di Stato e i magistrati dell'ordine giudiziario non possono essere contemporaneamente membri del Consiglio degli Stati o del Consiglio nazionale, né membri di un Municipio. I Consiglieri di Stato non possono inoltre essere membri di un Consiglio comunale.</p> <p>³ La carica di deputato al Gran Consiglio è incompatibile con un impiego pubblico salariato cantonale; la legge regola le eccezioni.</p> <p>⁴ La legge regola le incompatibilità per parentela, mandato o professione per i membri delle autorità.</p>
VD	Constitution du canton de Vaud du 14 avril 2003 (Etat le 18 juin 2007, SR 131.231)
Art. 90	<p>⁴ Les cadres supérieurs de l'administration cantonale ne peuvent pas être membres du Grand Conseil.</p> <p>⁵ La loi peut prévoir d'autres incompatibilités.</p>
VS	Verfassung des Kantons Wallis vom 8. März 1907 (Stand am 6. März 2008, SR 131.232)
Art. 90	<p>¹ Das Gesetz regelt die Unvereinbarkeiten.</p> <p>² Es sucht namentlich zu verhindern, dass:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ein Bürger gleichzeitig Funktionen von mehreren öffentlichen Gewalten ausübt; 2. die gleiche Person zwei einander untergeordneten Organen angehört; 4. der Bürger, der eine öffentliche Beamtung inne hat, noch andere Tätigkeiten ausübt, die sich bei der Erfüllung seiner Funktion nachteilig auswirken könnten.
ZG	Verfassung des Kantons Zug vom 31. Januar 1894 (Stand am 6. März 2008, SR 131.218)
§ 21	³ Die Leiter der Ämter und Abteilungen gemäss Gesetz über die Organisation der Staatsverwaltung, die Staatsanwälte, Verhörerichter, Polizeirichter und Gerichtsschreiber sowie die vom Kantonsrat gewählten oder bestätigten hauptamtlichen Beamten dürfen nicht Mitglieder des Kantonsrats, des Regierungsrats oder eines Gerichts sein.
ZH	Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005 (Stand am 10. Januar 2006, SR 131.211)
Art. 42	<p>¹ Die Mitglieder des Kantonsrats, des Regierungsrats, der obersten kantonalen Gerichte und der kantonalen Ombudsstelle dürfen nicht gleichzeitig einer anderen dieser Behörden angehören.</p> <p>² Das Gesetz kann weitere Unvereinbarkeiten vorsehen</p>